

# Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 21      Waidhofen a. d. Ybbs      Freitag, 21. Mai 1948

## Die politischen Ereignisse

### Seifenblasen

Die sensationelle Nachricht über eine Fühlungnahme zwischen Washington und Moskau, die in der Vorwoche durch alle Rundfunksendungen und Zeitungen der Welt gegangen war, hat sich als eine Seifenblase erwiesen, die hell schillernd und leuchtend emporgestiegen war, dann aber zerplatzt und sich wieder in nichts auflöste. Während alle arbeitenden und friedliebenden Menschen der Welt zwei kurze Tage lang glaubten, daß nun endlich ein Weg gefunden sei, das Mißtrauen zu überwinden und die Schwierigkeiten der hohen Politik zu beseitigen oder doch herabzumindern, bewies das Echo auf die ersten Veröffentlichungen, daß alle Hoffnungen zu früh waren und daß weiterhin die machtpolitischen Standpunkte der großen Weltpartner den latenten Zustand zwischen Krieg und Frieden beherrschen werden. Amerika tat den ersten Schritt, Moskau griff diese Anregung zu einer Aussprache zum Zwecke der Beilegung der Differenzen auf, gab eine bejahende Antwort und teilte gleichzeitig der Welt mit, daß sie den Gedanken einer Verständigung begrüße und zu einer zweiseitigen Aussprache bereit sei. Während die ersten Kommentare auch aus den westlichen Ländern noch zustimmend oder zumindest abwartend waren, wurden alle Illusionen über eine rasche Verständigung zerstört, als der amerikanische Außenminister Marshall bei einer Pressekonferenz erklärte, daß keine direkten Besprechungen vorgesehen seien, daß Amerika erst dann verhandeln werde, wenn Moskau konkrete Vorschläge und Zugeständnisse mache und daß dann solche Verhandlungen nur im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden würden. Auch Präsident Truman gab bei einer Presseerklärung seiner Meinung dahin Ausdruck, daß durch den Notenwechsel zwischen Moskau und Washington die Friedenshoffnung nicht verstärkt worden sei. Da sich auch die englischen Politiker, vor allem Außenminister Bevin, die offizielle amerikanische Stellungnahme zu eigen machten, mußte die mit so großem Pomp angekündigte Entspannung und Annäherung als eine Seifenblase betrachtet werden. Die sowjetische Reaktion auf das westliche Bombardement der Annäherungserklärungen ist einer äußerst heftigen Kritik der sowjetischen Zeitung „Prawda“ zu entnehmen, die erklärte, daß das amerikanische Außenamt offenbar durch die rasche Annahme des amerikanischen Verhandlungsvorschlages überrascht worden sei und daß die erfolgten Äußerungen amerikanischer Politiker wieder einmal gezeigt haben, wie sehr sich ihre Worte von ihren wirklichen Absichten unterscheiden. Mit anderen Worten: die Friedensoffensive ist gescheitert und droht die Weltpolitik in eine noch gereiztere Stimmung zu bringen. Dennoch, die Völker wünschen den Frieden und ihre Friedenshoffnung wurde trotz der nachfolgenden Ereignisse durch die bloße Ankündigung der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Amerika und der Sowjetunion gestärkt.

### Griechenland

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Lage in Griechenland nach dem Attentat auf den Justizminister außerordentlich verschärft. Die zahlreichen Hinrichtungen von Kommunisten, die in die vielen Hunderte gehen, haben in der Welt großes Aufsehen erregt und zu ersten Protesten geführt. Die Staatskanzleien der westlichen Alliierten allerdings haben bis jetzt eine offizielle Intervention abgelehnt, dafür jedoch hat die Sowjetunion dem griechischen Außenminister Tsaldaris eine scharfe Protestnote überreichen lassen, in welcher erklärt wird, daß die sowjetische Öffentlichkeit eine unmittelbare Einstellung der Massenhinrichtungen von griechischen Demokraten erwarte und festgestellt, daß die Sowjetregierung diese Meinung der Sowjetbevölkerung voll und ganz teile. Der griechische Premierminister hat darauf geantwortet, daß die griechische Regierung jede Intervention zurückweise. Es ist eine traurige Tatsache, feststellen zu müssen, daß sich in der Zeit, in welcher eine allgemeine Verständigung in der Welt anbahnt werden sollte, der Bürgerkrieg in Griechenland noch grausamer und schärfer gestalten wird. Es ist anzunehmen, daß die

## Besatzungskosten pro Vierteljahr 150 Mill. Schilling

Protestnote der Bundesregierung an den Alliierten Rat

Bei der letzten Sitzung des Alliierten Rates genehmigten die vier Hochkommissare der Alliierten das Bundesgesetz, das die Stellvertretung des Bundespräsidenten im Verhinderungsfalle regelt. Außerdem setzte der Alliierte Rat die Besatzungskosten für das Jahr 1948 pro Vierteljahr mit 149,356.000 Schilling fest. Dieser Betrag wird gleichmäßig auf die vier Mächte aufgeteilt. Das amerikanische Element wird jedoch gemäß der im Juni vorigen Jahres mit der österreichischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung den ihr zustehenden Anteil nicht in Anspruch nehmen. Die vom Alliierten Rat festgesetzten Besatzungskosten betragen 10,5 Prozent des österreichischen Budgets. Der Alliierte Rat stimmte ferner dem Gesetz über die Herabsetzung der Altersgrenze für Frauen und Witwen im Sozialversicherungsgesetz zu. Es wurde jedoch, wie der britische Nachrichtendienst meldet, ein Brief an den Bundeskanzler gerichtet, in dem abermals vorgeschlagen wird, neue Gesetze zu erlassen, statt vom Deutschen Reich eingeführte Gesetze abzuändern. Die neuerliche Festsetzung von Besatzungskosten hat bei der österreichischen Bundesregierung Erstaunen und Empörung hervorgerufen. Die Festsetzung erfolgte, ohne daß sich der Alliierte Rat vorher mit der Bundesregierung ins Einvernehmen gesetzt hätte. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, unverzüglich energische Protestschritte zu unternehmen und kann dabei der einmütigen Zustimmung aller Österreicher sicher sein. Österreich hat bis zum Ende des Jahres 1947 4,5 Milliarden Schilling an Besatzungskosten aufgebracht. Abgesehen davon, daß ein solcher Betrag eine ungeheure Belastung der österreichischen Wirtschaft darstellt, geht es nicht an, eine so lang dauernde Besetzung einfach von Österreich bezahlen zu lassen. Die Methode ist zwar sehr einfach, aber durch nichts zu rechtfertigen. Österreich trägt an der Dauer der Besetzung keine Schuld. Es ist aller Welt offenbar, daß die Gegensätze unter

den Großmächten für die schon so lange währende Anwesenheit der Besatzungstruppen in Österreich verantwortlich gemacht werden müssen. Und dafür soll das ausgebeutete und verarmte Österreich bezahlen? Wenn auch die Besatzungskosten diesmal „nur“ mit 10,5 Prozent unseres Staatsbudgets angesetzt sind — im Jahre 1946 waren es 35 Prozent — so ist dieser Betrag noch immer viel zu hoch. Österreich kann diese Last nicht auf unbestimmte Zeit weitertragen. Darum: Schluß mit den Besatzungskosten!

Bundeskanzler Ing. Dr. Figl berichtete im letzten Ministerrat über die vom Alliierten

ten Rat in seiner letzten Sitzung vom 14. ds. beschlossene Festsetzung der Besatzungskosten. Nach eingehender Aussprache beschloß der Ministerrat, eine Protestnote an den Alliierten Rat zu richten.

Der Bundeskanzler befaßte sich auch mit den von den sowjetrussischen Besatzungstruppen durchgeführten Beschlagnahmungen von landwirtschaftlichen Betrieben. Bezüglich der Beschlagnahme der Dreher-Wünschelschen Güter beschloß der Ministerrat, geeignete Schritte zu unternehmen, um diesen bedeutenden landwirtschaftlichen Betrieb für die österreichische Ernährung zu sichern.

## Der Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Am vergangenen Dienstag begann der erste Kongreß des österreichischen Arbeiterparlamentes, der Bundeskongreß des österreichischen Gewerkschaftsbundes. Zahlreiche gewerkschaftliche Abordnungen sind aus dem Ausland eingetroffen. Die Sowjetunion und Osteuropa sind ebenso vertreten wie der Westen, Süden und Norden des Kontinents. Die Tribünen des Wiener Konzerthausaales waren bei der Eröffnungsfeier dicht besetzt, Besatzungselemente waren vertreten und besonders zahlreich die ausländische Presse. Präsident Böhm begrüßte die Gäste und dann hielt Bundeskanzler Ing. Dr. Figl eine Begrüßungsansprache, in welcher er unter anderem ausführte: Der österr. Gewerkschaftsbund ist das Arbeiterparlament unseres Landes. 55 Jahre sind verflossen, seitdem der erste Gewerkschaftskongreß in Wien abgehalten worden ist. Das Grundprinzip des Gewerkschaftsbundes ist bis heute gleich geblieben. Heute haben sich

274 Delegierte eingefunden. Die Zahl der Mitglieder ist allerdings gewaltig gewachsen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes ein politisches Leben führen und ihrer politischen Gesinnung Ausdruck geben. Der Gewerkschaftsbund muß seiner ursprünglichen Aufgabe treu bleiben. Diese Aufgabe besteht darin, der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Gewerkschaft hat es in der Hand, dem sozialen Fortschritt die Wege zu ebnet. Die Bildung der sozialen Gesetzgebung Österreichs wäre ohne Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes nicht denkbar. Es sind aber nicht nur arbeitsrechtliche Fragen allein, die geregelt werden müssen; die Not der Zeit erfordert es, den ganzen Lebenskreis des Arbeiters in die Arbeit des Gewerkschaftsbundes einzubeziehen. Dies wird durch die überparteiliche Form erleichtert. Wenn man bedenkt, daß hinter dieser Organisation zwei Drittel der Arbeitnehmer stehen, kann man rechnen, daß die österreichische Regierung bestrebt sein muß, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Armut sind die Schutzmaßnahmen der modernen Sozialpolitik in der zweiten Republik auf beachtliche Höhe gebracht worden. Die Bedeutung des Gewerkschaftsbundes hat sich bei der Preisregulierung und dem Währungsschutzgesetz in angenehmer Weise gezeigt. Die Regierung verfolgt die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes mit Anerkennung, denn die Politik des Gewerkschaftsbundes fußt auf realen Tatsachen, die nicht nur das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten gefunden hat, sondern auch die Gesamtinteressen des Staates betreffen. Die überparteiliche Zusammensetzung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gibt die Gewähr dafür, daß die demokratischen Methoden und Einrichtungen in Österreich in alle Zukunft erhalten bleiben. Wir sehen zwei dringliche Ziele vor uns: Sicherung der Ernährung und Inangasetzung der Normalisierung der Wirtschaft.

## 400.000 Hausfrauen erhalten die Angestelltenzusatzkarten

Im Ministerrat vom letzten Dienstag teilte Bundeskanzler Dr. Ing. Figl mit, daß es den Bemühungen der österreichischen Bundesregierung gelungen sei, von der nächsten Kartenperiode an den Hausfrauen die Angestellten-Zusatzkarte zu gewähren. In einer Radioansprache, die Ernährungsminister Sagmeister am Dienstag abends über dieses Thema hielt, gab er dazu folgende Erklärungen: Mit Beginn der 41. Zuteilungsperiode, das ist am 24. Mai, werden Hausfrauen, die für mindestens zwei Kinder unter 14 Jahren ohne Haushalthilfe zu sorgen haben oder einen Haushalt von mindestens zwei Personen ohne Haushalthilfe führen und gleichzeitig berufliche Kurzarbeit von mindestens 20 Wochenstunden leisten, die Angestellten-

zusatzkarte erhalten. Damit wird ein schon sehr lange bestehender und berechtigter Wunsch zum guten Teil erfüllt. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, den Standpunkt durchzusetzen, daß die Hausfrau, auf der unter den heutigen Ernährungsverhältnissen die größte Sorge und Verantwortung lastet, auch eine Würdigung dieser Leistung verdient. Ihre Arbeit wird nunmehr durch die Gewährung einer Zusatzkarte zuzusagen auch gesetzlich als Arbeitsleistung anerkannt. Die dazu erforderlichen zusätzlichen Lebensmittel, die pro Periode ungefähr 600 Tonnen Zucker ausmachen, werden durch Importe bereitgestellt werden. Die Begünstigung wird sich auf insgesamt 400.000 Frauen erstrecken.

Sowjetunion nach ihrem vergeblichen Protest den griechischen Partisanen unter der Führung von General Markos verstärkte Hilfe leisten und diese Regierung vielleicht sogar anerkennen wird. Das natürlich würde eine bedeutende Verschlechterung der politischen Weltlage mit sich bringen.

### Palästina und der neue Staat „Israel“

Nach Beendigung des britischen Mandats über Palästina am Samstag den 15. Mai, wegen des Sabbats sogar um einige Stunden früher, wurde „auf Grund des historischen und natürlichen Rechtes des jüdischen Volkes und der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen“ die Errichtung des jüdischen Staates „Israel“ in Palästina bekanntgegeben. In der Proklamation des jüdischen Nationalrates heißt es unter anderem: „Alle Einwohner Palästinas werden nach den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens behandelt werden. Wir werden allen Bürgern ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens und Geschlechtes, politische Gleichberechtigung sowie volle Erziehungs- und kulturelle Freiheit garantieren, die heiligen Stätten und

religiösen Plätze schützen und uns an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen halten“. Eine der ersten Taten der provisorischen jüdischen Regierung war die Außerkräftsetzung des britischen Weißbuches von 1939, das die jüdische Einwanderung nach Palästina beschränkt und den Bodenverkauf einschränkt. Die abziehenden britischen Truppen überließen das Land praktisch den sofort einsetzenden Kämpfen zwischen Arabern und Juden. Im Süden ist die ägyptische Armee im Ein- und Vormarsch, vom Osten und Nordosten drängen andere arabische Legionen vor. Die Juden — es leben gegenwärtig etwa 640.000 vor allem in den Küstengebiet von Palästina — stehen in der Abwehr und verteidigen die heiligen Stätten und jene Gebiete, in denen sie in kompakter Masse wohnen. In Palästina herrscht demnach offener Krieg mit allen seinen Greueln und Gemetzeln. Tel Awiw und andere Städte wurden bereits wiederholt bombardiert und es ist noch nicht abzusehen, wohin der Krieg in Palästina noch führen wird. Die politische Lage ist äußerst heikel. Obwohl die Amerikaner den Teilungsplan im Sicherheitsrat

zurückgezogen haben, waren sie es, die den jüdischen Staat zuerst anerkannt haben, wahrscheinlich deshalb, weil sie befürchteten, daß in Palästina ein jüdischer Sowjetstaat hätte errichtet werden können. In diesem Falle hätten sich die Sowjets am Mittelmeer festsetzen können, ohne größere Positionen in Griechenland oder in Italien zu besitzen. Auf der anderen Seite aber werden die Araber mit Waffen und sogar Offizieren von Amerika und England unterstützt, damit das Ölgeschäft keinen allzu großen Schaden erleidet. Auch die Sowjetunion hat den neuen jüdischen Staat offiziell anerkannt, während sich England weiterhin abwartend verhält. Ob es möglich sein wird, die politische Verwicklung im Rahmen der UN. zu lösen und den Krieg in Palästina zu beenden, das wird erst die Zukunft lehren. Im Geiste einer politischen Verständigung zwischen Amerika und der Sowjetunion ist nicht daran zu zweifeln, wenn dieser Verständigungsversuch jedoch wirklich nur Seifenblasen gewesen sind, dann ist die Morgenröte eines wirklichen Friedens auf der Welt noch sehr ferne.

Betriebs- und dem 17. Mai  
rer- bbs  
geladen. of Gall- in die Beginn  
Innung.  
Waidhofen  
übernom- len Anfor- rgewerbes  
linger  
768  
K. Jäger 768  
ostume.  
iwy Stadt  
ngläser für, Waidho- 10 bis 11 85  
zeug  
tag den 48 wur- den Wege en Kilo- Motor- zugeben Maurer- d.Ybbs, 861  
Auskunft 8. Nowak, 862  
hat, weiß n. Rasche ch das be- hnung auf igasse 94, i Rieß 6, 5, Kaiser- ranzelhof- 2, Saalfel- 1/1, Reichs- reiben Sie 780  
ltung des teizulegen, werden  
nger und ofen a. Y. tplatz 31, el Böck, tplatz 31









